



2018/24 Ausland

<https://jungle.world/artikel/2018/24/enteignet-vom-kaiserreich>

In Namibia ist die Verteilung des Landbesitzes immer noch stark von der deutschen Kolonialzeit geprägt

Enteignet vom Kaiserreich

Von **Yaşar Ohle**

In Namibia ist die Verteilung des Landbesitzes immer noch von der deutschen Kolonialzeit geprägt. Einige Bevölkerungsteile fordern nun eine radikale Landreform und entschädigungslose Enteignungen.

»Was sich derzeit in Namibia entwickelt, ist eine Jugend, die sagt: Wir brauchen Landenteignungen ohne Entschädigungen!« so Benedick Louw, der in Namibia für die Rechte der Bevölkerungsgruppe der Nama eintritt. »Wir müssen anfangen, damit ernst zu machen.«

Ende Mai moderierte Louw eine Podiumsdiskussion im Rahmen des Nama Cultural Festival in Keetmanshoop. Zum ersten Mal kamen dort alle Namagruppen aus Namibia, Botswana und Südafrika an einem Ort zusammen. Zuvor hatte es eine medial angeheizte Diskussion darüber gegeben, wie sehr die namibische Landlosenbewegung (Landless People's Movement, LPM), die für eine radikale Landreform kämpft, in die Ausrichtung des Festivals involviert sein sollte.

Einige in der Führung der sozialdemokratischen Regierungspartei Swapo betrachten das Festival lediglich als eine Plattform für das 2016 gegründete LPM. Das Organisationskomitee stellte jedoch klar, dass keinerlei politische Interessen verfolgt würden.

»Die Landfrage kann nicht von einem Kulturfestival getrennt werden – ob die Organisatoren ein unpolitisches Event beabsichtigten oder nicht«, meint hingegen Louw. Er denkt, dass nach dem erfolgreichen Festival die Agitation hinsichtlich der Landfrage zunehmen wird.

Dass die Landfrage bei einem Kulturfestival der Nama ein zentrales Thema ist, hängt mit der deutschen Kolonialgeschichte im damaligen Deutsch-Südwestafrika zusammen. Zwischen 1883 und 1904 war ein großer Teil des Landes auf verschiedenen, teils betrügerischen und gewaltsamen Wegen in deutschen Besitz gelangt. Nach dem Genozid an den Herero und Nama zwischen 1904 und 1908 enteignete das deutsche Kaiserreich deren Land. Daher wird auch in der in New York anhängigen Sammelklage von Verbänden der Herero und Nama gegen die Bundesrepublik wegen des Genozids auf die Landenteignungen Bezug genommen.

Die Verteilung des Eigentums an Boden änderte sich nach der Niederlage der deutschen Kolonialbesatzung im Ersten Weltkrieg 1915 nicht zugunsten der namibischen Bevölkerung, sondern blieb unter südafrikanischer Mandatsverwaltung unverändert. 1990 wurde Namibia von

Südafrika unabhängig, im folgenden Jahr fand eine Landkonferenz statt. Die grundlegenden Fragen zur Rückübereignung des während der deutschen Kolonialzeit enteigneten Landes wurden dort nicht geklärt – der politische Wille fehlte. Seitdem hat sich wenig getan. Die staatliche Landpolitik beruht bisher auf dem Prinzip »willing seller, willing buyer«. Das heißt, dass der Staat bei zum Verkauf stehenden Farmen ein Vorkaufsrecht innehat. Dieses hat er in der Vergangenheit aber oft nicht wahrgenommen.

Kritikerinnen und Kritiker sehen eine Politik, die allein auf freiwillige Verkäufe setzt und keine Enteignungen vorsieht, als nicht ausreichend an. Zudem gehört der größte Teil des Landes in Privatbesitz immer noch Nachfahren deutscher Kolonisatoren. Die Schätzungen dazu schwanken zwischen 44 und 60 Prozent; die weiße, deutschstämmige Minderheit macht nur sechs Prozent der Bevölkerung aus. »Dieser Reichtum wurde von einem Deutschen an den nächsten weitervererbt«, sagt Louw dazu. Immer mehr Namibierinnen und Namibier sind mit dieser Lage - unzufrieden. Einige vermuten, die Regierungspolitik unterstütze eher die Swapo-Basis im Norden des Landes, wo die Bevölkerung weniger von kolonialen Landenteignungen betroffen war als im Süden.

Die Forderung nach einer umfassenden Landreform wurde unter anderem von Bernadus Swartbooi unterstützt, als er stellvertretender Minister für Landreform war. Wegen seiner manchen zu weit gehenden Forderungen und Konflikten mit Präsident Hage Geingob trat er im Dezember 2016 von seinem Ministeramt zurück. Er verlor auch seinen Parlamentssitz. In diesem Kontext gründete sich das LPM. Dessen zentrale Forderung ist die Rückübertragung des Landes der Vorfahren, darüber hinaus die generelle Umverteilung von Ackerland durch entschädigungslose Enteignungen. Im LPM sind viele Nama organisiert.

Es hat sich wenig getan. Der Staat hat bei zum Verkauf stehenden Farmen ein Vorkaufsrecht inne. Dieses hat er in der Vergangenheit aber oft nicht wahrgenommen.

Für Paul Thomas, ein LPM-Mitglied und Student in Windhoek, ist die größte Herausforderung derzeit, das LPM in eine politische Partei umzuwandeln: »Die Leute haben entschieden, dass es nicht ausreicht, nur eine Bewegung zu sein.« Spätestens zu den Parlamentswahlen 2019 soll dieser Prozess abgeschlossen sein, damit das LPM antreten kann.

Im vergangenen Jahr organisierte das LPM eine eigene Landkonferenz, um die Rückübereignung angestammten Landes im Detail zu diskutieren. Für August plant es eine weitere Konferenz, auf der ein Positionspapier erarbeitet werden soll.

Diese soll vor der zurzeit diskutierten zweiten nationalen Landkonferenz stattfinden, die die Regierung für Herbst dieses Jahres angekündigt hat. Fraglich ist allerdings, ob die Regierungskonferenz stattfinden wird – in den vergangenen Jahren wurde sie immer wieder verschoben.

Thomas erwartet keinen positiven Verlauf, sollte die nationale Konferenz tatsächlich stattfinden. Louw sieht das ähnlich.

»Alles, was wir heute sagen, ist: Lasst uns das Land teilen. Aber zuerst müssen wir entschädigungslos enteignen und dann muss die Mehrheit – also wir – einen größeren Anteil bekommen«, so Louw. Manchen gehe diese Forderung nicht weit genug: »Die meisten Leute fordern: Lasst uns auf die Farmen marschieren.« Ob die landlose Bevölkerung zu direkten

Aktionen übergeht, hängt nach Louws Einschätzung vor allem davon ab, ob die namibische und auch die deutsche Regierung ernsthafte Signale senden, dass sie an einer langfristigen Veränderung der Landbesitzverhältnisse sowie an der Aufarbeitung des Genozids interessiert sind.